

Gruber, Torsten; Ohr, Renate

Article — Digitized Version

Der britische Weg zur Währungsunion: Ein konstruktives "opting later"

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gruber, Torsten; Ohr, Renate (1997) : Der britische Weg zur Währungsunion: Ein konstruktives "opting later", Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 12, pp. 728-732

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137573>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Torsten Gruber, Renate Ohr

Der britische Weg zur Währungsunion – ein konstruktives „opting later“

Ende Oktober nannte der britische Schatzkanzler Brown fünf Bedingungen, deren Erfüllung Voraussetzung für einen Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Währungsunion ist. Wie sind diese Beitrittsbedingungen ökonomisch zu bewerten? Welche Aussagekraft haben sie im Vergleich zu den Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages?

Nach dem Regierungswechsel in Großbritannien im Frühjahr dieses Jahres erwarteten die Partnerländer in der EU eine aktivere Beteiligung der Briten am europäischen Integrationsprozeß und damit insbesondere auch an der währungspolitischen Zusammenarbeit. Ähnlich wie die konservative Vorgängerregierung äußerte sich jedoch auch die neugewählte Labour-Regierung lange Zeit nicht eindeutig zu ihrer Position bezüglich der geplanten Europäischen Währungsunion. Aufkommende Spekulationen über einen anstehenden Beitritt des Pfundes zum Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) und über eine frühe Teilnahme an der Währungsunion – in Verbindung mit mehr oder weniger halbherzigen Dementis offizieller Stellen – führten daher immer wieder zu Unruhen an den Finanz- und Devisenmärkten¹. Zur Stabilisierung der Markterwartungen und der unternehmerischen Entscheidungsgrundlagen verkündete Schatzkanzler Brown am 27. Oktober 1997 in einer parlamentarischen Erklärung schließlich die offizielle Position der britischen Regierung zur Währungsunion².

Die britischen Beitrittsbedingungen

Brown hob zunächst die positiven Effekte der Währungsstabilisierung und der Handelsförderung in einer Währungsunion hervor. Eine erfolgreiche Einheitswährung wäre danach für Großbritannien von ökonomischem Vorteil. Anschließend wehrte er verfassungsrechtliche Bedenken im Zusammenhang mit der Aufgabe der geldpolitischen Souveränität ab. Prinzipiell befürwortete seine Regierung einen Beitritt zur Währungsunion. Kernelement der Rede war daraufhin die Auflistung von fünf Bedingungen, deren Erfüllung

von der Regierung als Voraussetzung für eine Teilnahme Großbritanniens an der Einheitswährung angesehen würden:

- Die nachhaltige Konvergenz der britischen Wirtschaft mit den Volkswirtschaften der europäischen Partnerländer muß nachgewiesen sein.
- Die notwendige Flexibilität des Wirtschaftssystems zum Ausgleich wirtschaftlicher Veränderungen und Schocks muß erreicht sein.
- Der Einfluß auf das Investitionsverhalten muß positiv sein.
- Die Auswirkungen auf den britischen Finanzsektor müssen beachtet werden.
- Ein Beitritt zur Währungsunion muß zu Stabilität, höherem Wachstum und einem nachhaltigen Anstieg der Beschäftigung führen.

Der ökonomische Gehalt

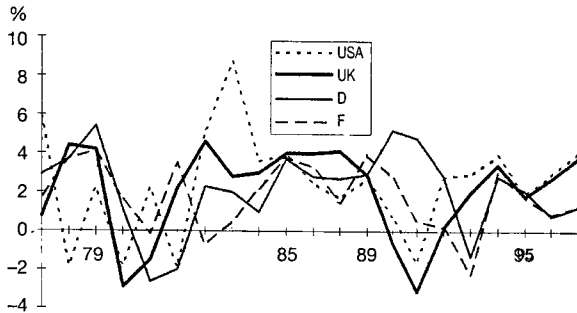
Die erste Bedingung ist die konkreteste und die am leichtesten operationalisierbare. Sie umfaßt sowohl eine konjunkturelle als auch eine strukturelle Annäherung der britischen und der kontinentaleuropäischen Wirtschaftsentwicklungen. Der britische Konjunkturzyklus weist seit Beginn der achtziger Jahre eine größere Parallelität zum US-amerikanischen als zum kontinentaleuropäischen Wirtschaftsverlauf auf. So ist der britische Konjunkturverlauf beispielsweise im Vergleich zum französischen und deutschen oft phasenverschoben und häufig stärker ausgeprägt (siehe Abbildung 1 und 2). Dies hat unter anderem zur Folge, daß in Großbritannien ein anderes Zinsniveau als in Kontinentaleuropa erforderlich ist, um die geldpolitischen Ziele zu erreichen³. Da die Währungsunion mit einer gemeinsamen Geldpolitik und einem einheitli-

Prof. Dr. Renate Ohr, 44, lehrt Volkswirtschaftslehre, insbesondere Außenwirtschaft an der Universität Hohenheim in Stuttgart. Torsten Gruber, 30, Dipl.-Ökonom, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Außenwirtschaft der Universität Hohenheim.

¹ Vgl. G. Jones, T. Helm: Blair feels heat on Europe, in: Daily Telegraph, 23. 10. 1997, S. 1; und R. Peston: Battle lines set for next general election, in: Financial Times, 28. 10. 1997, S. 1.

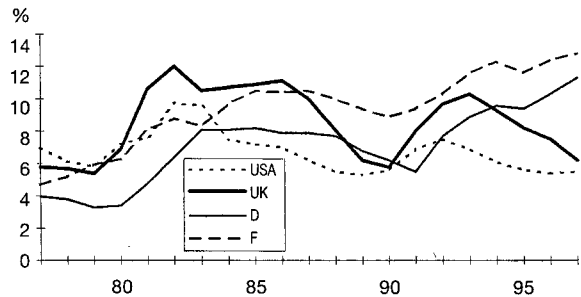
² Vgl. auch im folgenden die Stellungnahme des Schatzkanzlers, abgedruckt in Financial Times: EMU Statement: Chancellor sets out his criteria for entry, 28. 10. 1997, S. 12.

Abbildung 1
Gesamtnachfrage (real)
(Wachstumsrate)



Quelle: IWF: World Economic Outlook, verschiedene Jahrgänge; eigene Darstellung.

Abbildung 2
Arbeitslosigkeit
(Arbeitslosenquote)



Quelle: IWF: World Economic Outlook, verschiedene Jahrgänge; eigene Darstellung.

chen Leitzinsniveau verbunden sein wird, sollte der britische Konjunkturverlauf dem der übrigen Teilnehmerländer möglichst weitgehend entsprechen, um nach dem Beitritt wirtschaftspolitische Zielverfehlungen aufgrund einer für Großbritannien unangepaßten Geldpolitik zu vermeiden⁴.

Zusätzlich ist sicherzustellen, daß die britische Volkswirtschaft auf zinspolitische Schritte der Europäischen Zentralbank (EZB) in gleicher Richtung und in ähnlicher Stärke reagiert wie die Volkswirtschaften der Partnerländer. Dies erfordert eine Konvergenz der monetären Transmissionsmechanismen und der Finanzstrukturen, so z.B. der Finanzierungsgewohnheiten der Unternehmen und Haushalte⁵. Insbesondere müßte über eine Verlängerung der Kreditlaufzeiten und eine Verringerung des Anteils der variabel verzinsten Kredite die Zinssensitivität der britischen Wirtschaft gesenkt werden⁶. Dadurch könnte die aus den britischen Finanzstrukturen resultierende, wesentlich restriktivere Wirkung von Leitzinserhöhungen in Großbritannien abgebaut werden, so daß die einheitliche Geldpolitik der EZB auch den britischen Erfordernissen entspräche.

Als zweite Bedingung einer Teilnahme an der Währungsunion betonte Brown ein ausreichendes Maß an wirtschaftlicher Flexibilität, da der Verlust des Instruments einer nationalen Geld- und Wechselkurspolitik zur Abwehr asymmetrischer Schocks ein hohes Maß an Beweglichkeit auf Unternehmens- und Arbeitneh-

merseite erfordere. In einer Währungsunion müssen Unternehmen auf veränderliche Nachfragebedingungen mit größeren Variationen ihrer Gewinnmargen sowie mit einer höheren Bereitschaft zu Produktinnovationen und neuen Geschäftsstrategien reagieren. Die Gewerkschaften müssen bei Lohnverhandlungen verstärkt Rücksicht auf die Produktivitätsentwicklung nehmen. Das Ausbildungsniveau und die Mobilität des Faktors Arbeit müssen erhöht werden. Brown unterstrich, daß gerade auf diesem Gebiet noch Mängel bestünden, die die Regierung mit besonderen Arbeitsmarktprogrammen zu beheben versuche.

Als drittes Kriterium wurde von Brown die Investitionsentwicklung angeführt. Eine erfolgreiche Währungsunion kann zu einer Verringerung des Inflations- und des Zinsniveaus und zu einer Erweiterung der Geschäftsmöglichkeiten von Unternehmen führen. Dadurch kann ein Anstieg des Investitionsvolumens erzielt werden. Brown betonte erneut, daß dieser positive Effekt nur erreicht werden könne, wenn Großbritannien vor einem Beitritt die Bedingung der ausreichenden Konvergenz erfüllen würde.

Mit einem Anteil von 8% am Volkseinkommen nimmt der Finanzsektor in Großbritannien ein besonderes Gewicht ein. Da dieser zudem unmittelbar von der Einführung des Euro betroffen sein wird, wurde ihm von Brown im vierten Beitrittskriterium besonderes Augenmerk geschenkt. Zwar spricht vieles dafür,

³ Im Herbst 1997 lag das kurzfristige britische Zinsniveau bei etwa 7%, in Frankreich bei nur knapp über 3%. Brown stellte daher in seiner Rede fest, daß „...to try to join now would be to accept a monetary policy which would suit other European economies but not our own...“.

⁴ Vgl. R. Chote: Britain out of step with European partners, in: Financial Times, 28. 10. 1997, S. 11.

⁵ Zu den britischen Finanzstrukturen und ihren Auswirkungen auf die Geldpolitik vgl. T. Gruber, R. Ohr: Einheitliche europäische Geldpolitik bei unterschiedlichen Finanzstrukturen: Besonderheiten des britischen Finanzsystems, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 76. Jg. (1996), Heft 12, S. 646 ff. Generell zu den Auswirkungen unterschiedlicher Finanzstrukturen vgl. R. Ohr: Monetäre Steuerungsprobleme in einer Europäischen Währungsunion, in: W. Zohlnhöfer (Hrsg.): Europa auf dem Weg zur Politischen Union?, Berlin 1996, S. 75 ff.

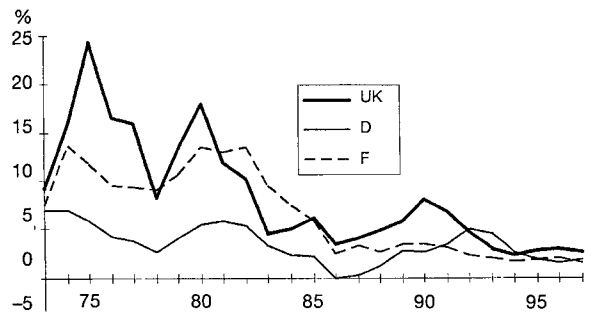
⁶ Vgl. G. Siveill: Sterling fails the five tests for EMU, in: Financial Times, 28. 10. 1997, S. 28.

daß die Londoner City auch dann das führende Finanzzentrum in Europa bleibt, wenn Großbritannien nicht zu den Gründungsmitgliedern der Währungsunion gehören wird⁷. Andererseits könnte London auch besonders ausgeprägt von seinem komparativen Vorteil in diesem Sektor profitieren, wenn Großbritannien an der Währungsunion teilnähme. Bei der dafür notwendigen gründlichen Vorbereitung der City auf den Euro bestünde nach Ansicht der Regierung jedoch noch Handlungsbedarf.

Schließlich stellte Brown als umfassendes fünftes Kriterium die Bedingung, daß eine britische Teilnahme an der Währungsunion über ein erhöhtes Maß an Stabilität und Wachstum zu einem Anstieg der Beschäftigung führen müsse. Wiederum nannte der Schatzkanzler als Voraussetzung zur Erfüllung dieser Bedingung das Erreichen von ausreichender Konvergenz und Flexibilität⁸.

Die Regierung sieht diese von ihr aufgestellten Bedingungen derzeit in Großbritannien nicht erfüllt. Sie geht davon aus, daß noch mindestens vier bis fünf Jahre benötigt werden, bis die notwendigen Anpassungen erfolgt sein werden, um den Nachweis der nachhaltigen Konvergenz und der Flexibilität erbringen zu können. Daher werde Großbritannien seine Opting-out-Klausel des Maastrichter Vertrags wahrnehmen und nicht zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Währungsunion gehören. Aus ihrer Sicht erreicht Großbritannien frühestens nach den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2002 die zum Beitritt notwendige Konvergenz und Flexibilität. Ziel der Regierung sei es jedoch, Großbritannien aktiv auf einen Beitritt zu diesem Zeitpunkt vorzubereiten. Zu diesem Zweck werde ein Ausschuß aus Regierungs-

Abbildung 3
Inflationsentwicklung



Quelle: IWF: World Economic Outlook, verschiedene Jahrgänge; eigene Darstellung.

und Unternehmensvertretern eingesetzt werden⁹. Auch einen Beitritt zum Wechselkursmechanismus des EWS schloß Brown aus. Er deutete aber an, daß die Regierung eventuell ihr Inflationsziel von 2,5% senken werde, um es in Übereinstimmung mit einem möglichen Inflationsziel der EZB zu bringen¹⁰.

Eine Bewertung

Der von der britischen Regierung aufgestellte Kriterienkatalog beinhaltet die wichtigsten Voraussetzungen, um eine Teilnahme an der Einheitswährung für Großbritannien ökonomisch erfolgreich zu gestalten. Der Übergang zu einer einheitlichen europäischen Geldpolitik wird für Großbritannien erst sinnvoll sein, wenn sich seine Wirtschaftsstrukturen denen Kontinentaleuropas zu einem hohen Grad angepaßt haben. Die Abwehr negativer exogener Schocks wird darüber hinaus erst dann ohne starke Friktionen möglich sein, wenn ein ausreichendes Maß an Flexibilität der Wirtschaftsakteure das Instrument einer national autonomen Geld- und Währungspolitik ersetzen kann¹¹.

Der Kriterienkatalog Browns umfaßt damit zugleich die grundlegenden Bedingungen einer erfolgreichen Währungsunion, die auch von den anderen EU-Partnern berücksichtigt werden sollten. Aufgrund ihres zielgerichteten Charakters gewährleisten diese Vorgaben in einem deutlich höheren Grad den wirtschaftlichen Erfolg der Einheitswährung als die pauschalen, sich nur auf wenige monetäre Aspekte konzentrierenden Beitrittskriterien des Maastrichter Vertrags¹². So weist z.B. das Maastricht-Kriterium Inflationsentwicklung schon deutliche Konvergenz in Europa nach (siehe Abbildung 3), obwohl andere konjunkturelle und strukturelle Daten noch stark divergieren. Problematisch ist daher, wenn mit Hilfe der begrenzten Maastricht-Kriterien versucht wird, die gravierenden

⁷ Vgl. B. Schulz: Der Finanzplatz London braucht den Euro nicht zu fürchten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 255 vom 3. 11. 1997, S. 21.

⁸ Sowohl von seiten der Regierung als auch von seiten der Opposition wird zudem angemahnt, daß Risiken für Stabilität, Beschäftigung und Wachstum auch dann aus der Währungsunion resultieren, wenn die kontinentaleuropäischen Partner ihrerseits nicht fähig sind, eine hinreichende Flexibilität, speziell auf den Arbeitsmärkten, durchzusetzen; vgl. Britische Vorbereitungen auf die Währungsunion, in: Neue Zürcher Zeitung, 11. 11. 1997, S. 13.

⁹ Vgl. N. Watt: Business leaders to help Brown, in: The Times, 28. 10. 1997, S. 13.

¹⁰ Vgl. R. Chote: Brown aims to end uncertainty over EMU entry, in: Financial Times, 28. 10. 1997, S. 1.

¹¹ Vgl. R. Mundell: A Theory of Optimum Currency Areas, in: American Economic Review, Vol. 51 (1961), S. 657 ff.

¹² Für eine kritische Beurteilung der Maastrichter Konvergenzkriterien siehe C. Schmidt, T. Straubhaar: Maastricht II: Bedarf es realer Konvergenzkriterien?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 75. Jg. (1995), Heft 8, S. 434 ff.; R. Ohr: Eine Alternative zum Maastricht-Fahrplan, in: ebenda, 76. Jg. (1996), Heft 1, S. 25; und dies.: Ökonomische Kritik am Vertrag von Maastricht, in: Wirtschaftspolitische Blätter, 40. Jg. (1993), S. 27 ff.

strukturellen Unterschiede zwischen den europäischen Volkswirtschaften hinweg zu definieren. Der britische Ansatz verspricht dagegen eine realistischere und adäquatere Einschätzung.

Der große Nachteil der Kriterien des Schatzkanzlers besteht allerdings in ihrer geringen Operationalisierbarkeit und ihrem zum Teil subjektiven Charakter. Letztendlich muß immer politisch entschieden werden, ob das erreichte Maß an Konvergenz und Flexibilität als ausreichend angesehen wird und ob mit positiven Auswirkungen auf das Investitionsverhalten, den Finanzsektor und die Beschäftigung gerechnet wird.

Die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften begrüßten jedoch den grundsätzlichen Inhalt der Stellungnahme. Sie kritisierten aber, daß Brown einen unter besonders günstigen Umständen möglichen früheren Beitritt kategorisch abgelehnt und so der Politik die Hände gebunden habe. Die derzeitige Überbewertung des Pfundes würde die Exporte belasten und Arbeitsplätze kosten. Dies könnte durch einen frühen Beitritt zur Währungsunion vermieden werden¹³.

Wahltaktische Überlegungen?

Kritische Stimmen werfen der Regierung zudem vor, daß hinter ihrem Zeitplan weniger ökonomische Gründe als vielmehr wahltaktische Überlegungen stünden. Da Meinungsumfragen wiederholt die ablehnende Haltung der Bevölkerung aufgezeigt haben, scheue die Regierung wegen einer drohenden Niederlage mit stark negativen Auswirkungen auf die weitere Regierungsarbeit vor der notwendigen Volksabstimmung zurück¹⁴. Durch den Ausschluß einer frühzeitigen britischen Teilnahme an der Währungsunion ginge zudem jeder Einfluß Großbritanniens auf die anstehenden Entscheidungen über die zukünftige Ausgestaltung der europäischen Geldpolitik verloren. Dadurch entstünde die Gefahr, daß bei der Festlegung der geldpolitischen Konzeption der EZB noch weniger auf britische Besonderheiten und Vorstellungen Rücksicht genommen werde. Dies würde den Anpassungsdruck auf Großbritannien weiter verstärken und einen späteren Beitritt zusätzlich erschweren¹⁵.

Als weitere Kritik an der Stellungnahme wurde geäußert, daß auch sie keine endgültige Klarheit über die Euro-Politik Großbritanniens gebracht habe und

es ihr an Entschlossenheit mangle. Die konservative Politik des „wait and see“ sei durch eine Politik des „wait and wait“ ersetzt worden¹⁶. Durch das Setzen eines festen Zeitplans hätte die Regierung den Konvergenzbemühungen der Briten größeren Druck verleihen können. So bestünde die Gefahr, daß die initiierten Konvergenzprozesse mit der Zeit im Sande verliefen.

Bestimmten Punkten der Kritik kann zugestimmt werden. In der Tat scheint die Regierung die Folgen einer Abstimmungsniederlage zu fürchten. Es entsteht der Eindruck, daß sie darauf hofft, ein erfolgreicher Start der Währungsunion werde zu einem Umschwung in der öffentlichen Meinung führen. Insofern spielten wahltaktische Überlegungen eine wichtige Rolle beim Vorgehen der Regierung.

Andererseits muß den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden entgegnet werden, daß die ökonomische Begründung der Notwendigkeit eines noch längere Zeit in Anspruch nehmenden Konvergenzprozesses vollkommen richtig und somit der Ausschluß einer frühzeitigen Teilnahme ökonomisch rational ist. Es ist sogar zu befürchten, daß sich der von der Regierung angesetzte Zeitraum von knapp fünf Jahren für die Umstellung der Finanzierungsgewohnheiten und für eine dauerhafte Angleichung der Konjunkturzyklen als zu gering erweisen wird¹⁷.

Bedenken eines Verlusts an politischem Einfluß bei der Festlegung der geldpolitischen Rahmenbedingungen in Europa sind mit Sicherheit berechtigt, jedoch darf dieses Argument nicht übergewichtet werden. Zum einen nähert sich die geldpolitische Konzeption der Bank of England schon seit einiger Zeit allmählich der Geldpolitik der europäischen Länder an¹⁸, so daß sich die künftige Konzeption der EZB nicht zu sehr von der britischen unterscheiden dürfte. Auch ein Bericht des Europäischen Währungsinstituts weist auf den in der Praxis nicht so großen Unterschied zwischen dem zur Zeit in Großbritannien praktizierten direkten Inflationsziel und der in Kontinentaleuropa dominierenden geldmengenorientierten Strategie hin¹⁹.

¹³ Vgl. R. Chote: Brown aims to end uncertainty over EMU entry, a.a.O., S. 1; und S. Wagstyl: Commitment praised but timing worries, in: Financial Times, 28. 10. 1997, S. 10.

¹⁴ Vgl. ebenda, S. 13.

¹⁷ Hoffnungen, daß sich das Wirtschaftswachstum in Großbritannien und in Kontinentaleuropa bereits in zwei Jahren angeglichen haben wird, so daß ein einheitliches Zinsniveau konjunkturell möglich wäre, sind verfrüht, da zu befürchten ist, daß es sich dabei nur um einen zeitpunktspezifischen Schnittpunkt zweier divergierender Konjunkturkurven handeln würde.

¹⁸ Vgl. C. Borio: The implementation of monetary policy in industrial countries: A survey, Bank for International Settlements, Economic Paper, Nr. 47, Juli 1997, S. 25 ff. und S. 92 ff.

¹³ Vgl. R. Chote: Brown aims to end uncertainty over EMU entry, a.a.O., S. 1; und S. Wagstyl: Commitment praised but timing worries, in: Financial Times, 28. 10. 1997, S. 10.

¹⁴ Vgl. B. Schulz: Ängstlicher Blair, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 246, 23. 10. 1997, S. 1.

Zum anderen scheinen die europäischen Partner durchaus bereit zu sein, den Wünschen Großbritanniens ein großes Stück entgegenzukommen, um einen möglichst frühzeitigen Beitritt zu fördern²⁰.

Fazit

Besonders zu bedauern ist allerdings die Entscheidung, mit der Brown einen Wiedereintritt des Pfundes in den Wechselkursmechanismus des EWS ablehnt. Anscheinend nimmt die britische Regierung an, daß für die Erfüllung des Wechselkurskriteriums des Maastrichter Vertrags die Teilnahme am Wechselkursmechanismus nicht zwingend erforderlich ist. Jedoch ist zu bezweifeln, daß diese Meinung von den Partnerländern geteilt wird. Die Nichterfüllung dieses Kriteriums könnte einen späteren Beitritt Großbritanniens zur Währungsunion gefährden oder erneut dazu führen, daß ökonomische Vorgaben aus politischen Erwägungen vernachlässigt werden. Dies würde die Glaubwürdigkeit der Einheitswährung beeinträchtigen.

Von noch größerer Bedeutung aber ist die Rolle, die der Eintritt in den Wechselkursmechanismus bei der Beurteilung der britischen Konvergenzfortschritte spielen könnte. Die mangelnde Operationalisierbarkeit und Objektivität der Brownschen Kriterien könnte durch die Wechselkursbindung des Pfundes an den Euro verringert werden. Eine mehrjährige, spannungsfreie Teilnahme des Pfundes am EWS II könnte darauf

hindeuten, daß sich Großbritannien in seinen Wirtschaftsstrukturen so weit angenähert hat, daß der Beitritt zur Währungsunion ökonomisch möglich und sinnvoll wäre. Jedoch scheint der Labour-Regierung das politische Risiko eines solchen Schrittes zu groß zu sein. Unvergessen ist der Ansehensverlust, den 1992 die damalige Regierung beim Ausscheiden des Pfundes aus dem Wechselkursverbund erlitt.

Eine sofortige Pfundbindung wäre in der Tat aufgrund der bestehenden strukturellen Unterschiede noch negativ zu beurteilen. Wenn jedoch die Annahme besteht, daß das Konvergenzprogramm der Regierung gute Fortschritte gemacht hat und die eigenen Kriterien erfüllt scheinen, könnte eine Wechselkursbindung das richtige Evaluierungsinstrument sein. Zugleich wäre es eine relativ unverbindliche und im Falle des Mißerfolgs ohne allzu hohe Kosten wieder aufkündbare Generalprobe des Währungsunion-Beitritts.

Insgesamt ist an der Stellungnahme Browns noch sehr positiv zu bewerten, daß die Nachhaltigkeit der Konvergenz mehrfach betont wurde. Während die kontinentaleuropäische Politik bemüht erscheint, die Maastricht-Kriterien im Gegensatz zu Wortlaut und Geist des Vertrags nur zeitpunktbezogen zu erfüllen, wird vom britischen Schatzkanzler ausdrücklich die Bedeutung eines anhaltenden Nachweises von Konvergenz und Anpassungsbereitschaft hervorgehoben.

Zusammenfassend betrachtet bilden die von Brown entwickelten Vorgaben einen ökonomisch rationalen Prüfstein für die britische Beitrittsentscheidung zur Europäischen Währungsunion. Die Absicht der Regierung, aktiv zur Erfüllung der Kriterien beizutragen, kann als eine konstruktive Politik des „opting later“ verstanden werden.

¹⁹ Vgl. Europäisches Währungsinstitut: Die einheitliche Geldpolitik der Stufe 3: Festlegung des Handlungsrahmens, Frankfurt am Main 1997, S. 8 f.

²⁰ So beabsichtigt der deutsche Bundeskanzler, einen Sitz im Direktorium der EZB für Großbritannien zu reservieren; vgl. R. Atkins, W. Münchau: Kohl wants bank seat kept for UK, in: Financial Times, 31. 10. 1997, S. 1.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: N. N., Vizepräsident: Prof. Dr. Hans-Eckart Scharrer)

Geschäftsführend: Dr. Otto G. Mayer

REDAKTION:

Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Dipl.-Vw. Christoph Kreienbaum (stellvertretender Chefredakteur), Wiebke Bruderhausen, Dipl.-Vw. Susanne Erbe, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A.

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 20347 Hamburg, Tel.: (0 40) 35 62 306/307

Verantwortlich für den Inhalt des HWWA-Konjunkturforums: Dr. Eckhardt Wohlers, Dr. Günter Weinert

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgeber/Redaktion wiedergeben. Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Verlag, Anzeigenannahme und Bezug:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestraße 3-5, 76530 Baden-Baden, Tel. (0 72 21) 21 04-0, Telefax (0 72 21) 21 04 27

Bezugsbedingungen: Abonnementpreis jährlich DM 118,- (inkl. MwSt.), Studentenabonnement DM 59,- zuzüglich Porto und Versandkosten (zuzüglich MwSt. 7%); Einzelheft DM 10,-; Abbestellungen vierteljährlich zum Jahresende. Zahlungen jeweils im voraus an: Nomos-Verlagsgesellschaft, Stadtparkasse Baden-Baden, Konto 5-002266

Anzeigenpreisliste: Nr. 1 vom 1. 1. 1993

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: AMS Wunsch Offset-Druck GmbH, 92318 Neumarkt/Opf.